



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 18

30. September 2005

ISSN 1437-6148

Wie weit reicht Mexiko?

Die politischen Implikationen der mexikanischen Migration in die USA

Ursula Stiegler

Die mexikanischstämmige Bevölkerung in den USA ist mit 27 Millionen Einwohnern zur größten nationalen Minderheitengruppe in den USA avanciert. Dies hat für beide Länder zunehmend auch politische Folgen. Mexican-Americans stehen wie nie zuvor in prominenten öffentlichen Ämtern im politischen Rampenlicht, sei es US-Justizminister Alberto González oder der im Mai zum Bürgermeister von Los Angeles gewählte Antonio Villaraigosa. Gleichzeitig sehen sich die USA vor der Herausforderung, angesichts des nicht abreißenden Stroms an mexikanischen Migranten ihre Immigrationspolitik zu reformieren. Doch auch in Mexiko sind es nicht mehr nur die Rücküberweisungen – für dieses Jahr auf 20 Mrd. US\$ geschätzt und damit möglicherweise erstmals höher als die Einnahmen aus dem Erdöllexport –, die immer bedeutender werden, auch als Akteure in der nationalen Politik gewinnen die Emigranten zunehmend an Gewicht. Ausdruck dessen ist die historische Entscheidung des mexikanischen Parlaments im Juni 2005, den im Ausland lebenden mexikanischen Bürgern das Wahlrecht einzuräumen.

Mexican-Americans und US-Mexicans

Die „Mexikaner“ stellen nach Daten von 2003 mit 27 Millionen knapp zwei Drittel der mittlerweile über 41 Millionen Latinos oder „Hispanics“ in den USA, die – spätestens seit sie zur größten Minderheitengruppe des Landes geworden sind – zunehmend als neue politische Macht angesehen werden. Damit beträgt ihr Anteil an der US-Gesamtbevölkerung etwa 9%. Innerhalb dieser mexikanischstämmigen Bevölkerung sind allerdings zwei Gruppen zu unterscheiden: Zum einen die etwa 17 Millionen *Mexican-Americans*, in den USA geborenen Personen mexikanischer Abstammung, welche aufgrund des US-amerikanischen Rechts auf Staatsbürgerschaft qua Geburt auf US-Territorium US-amerikanische Staatsbür-

ger sind. Zum anderen die *US-Mexicans*, die in Mexiko geborenen, in die USA eingewanderten Immigranten, deren Zahl 2004 über 10 Millionen betrug (CONAPO 2005). Schätzungen für 2005 gehen von 12 Millionen Personen aus. Damit lebt derzeit etwa ein Zehntel der mexikanischen Bevölkerung in den USA.

Bemerkenswert ist der enorme Zuwachs dieser Bevölkerungsgruppe während der letzten Dekaden. Anfang der 1970er Jahre lebten lediglich 5,4 Millionen Personen mexikanischer Abstammung in den USA, darunter 4,6 Millionen *Mexican-Americans*; die Zahl der mexikanischen Immigranten (*US-Mexicans*) lag damals noch bei weniger als 800.000. Auch relativ zu anderen Einwanderergruppen hat die Immigration aus Mexiko stark zugenommen. Betrag der mexikanische

Anteil 1970 noch knapp 8% der Gesamtzahl der Immigranten, so lag er im Jahr 2000 bei knapp 30%. Damit sind die Mexikaner zur größten nationalen Minderheitengruppe in den USA avanciert.

Tabelle 1: Mexikanischstämmige Bevölkerung in den USA 1970-2005 (in Mio.)

Jahr	Gesamtzahl	US-Mexicans	Mexican-Americans
1970	5,4	0,8	4,6
1980	9,1	2,2	6,9
1990	14,1	4,4	8,6
2000	23,2	8,8	14,4
2003	26,6	9,9	16,8
2004	-	10,2	-
2005	-	12,0	-

Quelle: CONAPO und Soto 2005. Für 2004 und 2005 liegen keine Werte für die *Mexican-Americans* vor.

Trotz verschärfter Maßnahmen an der US-mexikanischen Grenze reißt der Strom der Migranten aus Mexiko nicht ab. Zwischen 2000 und 2004 emigrierten im Schnitt jährlich ca. 400.000 Mexikaner dauerhaft in die USA. Weitere 440.000 kehrten nach einem temporären Arbeitsaufenthalt in den USA in ihr Herkunftsland zurück. Eine besondere Herausforderung für die USA stellt die enorme Zunahme der ohne offizielle Dokumente Einreisenden dar. So leben derzeit ca. 6 Millionen Mexikaner „undokumentiert“ in den USA.

Solange sich die sozioökonomische Situation der Mehrheit der Menschen in Mexiko nicht nachhaltig ändert, und in den USA der Bedarf an billigen Arbeitskräften aus dem Süden bestehen bleibt (s. Tab. 2), wird die mexikanische Migration nach Norden in absehbarer Zeit nicht signifikant nachlassen. Die Schaffung der *Nordamerikanischen Freihandelszone* (NAFTA) im Jahr 1994 hat wider Erwarten nicht zu einem Rückgang der Migration beigetragen. Vielmehr scheint diese durch ihre negativen Auswirkungen insbesondere im ländlichen Bereich zu einer Verstärkung des Migrationsdrucks beizutragen (Délano 2004).

Tabelle 2: Anteile der mexikanischen Immigranten in bestimmten Berufssparten (in %), 2002

Autowäsche	28,0
Tierschlachtung	26,8
Ernte	22,9
Landschaftspflege	22,6
Obst- u. Gemüseverarbeitung	22,3
Bekleidungsindustrie	15,6
Bäcker	15,2
Private Haushalte	13,4
Bausektor	8,5
Vergleichswert: Anteil an der Arbeitskraft insgesamt	4,4

Quelle: AILF 2002.

Regionale Konzentration und Diversifizierung der Siedlungsräume

In einigen US-Bundesstaaten stellen die Mexikaner bereits signifikante Anteile der Gesamtbevölkerung (s. Tab. 3). Traditionell konzentriert sich die mexikanische Immigration hauptsächlich im Südwesten der USA: 40% der mexikanischstämmigen Bevölkerung siedelt in Kalifornien und knapp 25% in Texas. Allerdings ist Chicago mit über 1 Million mexikanischstämmigen Bewohnern nach Los Angeles (über 3 Millionen) die zweitgrößte „mexikanische“ Stadt in den USA. Eine Tendenz der jüngeren Migrationsströme aus Mexiko stellt die Diversifizierung der Zielgebiete der Migranten dar. Staaten mit traditionell sehr geringen Anteilen mexikanischer Bevölkerung wie etwa North Carolina, Arkansas und Georgia verzeichneten beträchtliche Zuwachsraten. Wengleich sich damit die Präsenz mexikanischstämmiger Bevölkerung in den USA langsam von einem ehemals auf wenige Regionen beschränkten zu einem nationalen Phänomen entwickelt, bleibt die Konzentration in den traditionellen Siedlungsgebieten weiterhin dominant.

Tabelle 3: Mexikanischstämmige Bevölkerung in einzelnen Bundesstaaten der USA, 2000

Bundesstaat	Gesamtbevölkerung des Bundesstaates (in Mio.)	Mexikanischstämmige Einwohner (in Mio.)	Anteil an der gesamten mexikanischen Bevölkerung der USA (in %)	Anteil an der Gesamtbevölkerung des Bundesstaates (in %)
Kalifornien	33,9	8,5	41,0	25,0
Texas	20,9	5,1	21,6	24,3
Arizona	5,1	1,1	5,2	20,8
New Mexico	1,8	0,33	1,6	18,1
Nevada	2,0	0,29	1,4	14,3
Colorado	4,3	0,45	2,2	10,5
Illinois	12,4	1,1	5,5	9,2
Washington	5,9	0,33	1,3	5,6
New York	19,0	0,26	1,3	1,4

Quelle: Werte des Zensus 2000 nach CONAPO.

Entstehung transnationaler sozialer Räume

Die mexikanische Migration in die USA ist kein unidirektionales Phänomen. Vielmehr sind im Zuge dieser Wanderungsbewegungen transnationale soziale Räume bzw. transnationale soziale Gemeinschaften (Pries 1999) entstanden, die durch dauerhafte dynamische Verbindungen zwischen der Herkunfts- und der Aufnahmegesellschaft gekennzeichnet sind. Dies liegt daran, dass sich viele der Migranten nicht dauerhaft in den USA niederlassen, sondern Transmigranten sind, die regelmäßig in ihre Herkunftsländer zurückkehren, um dann erneut temporär zum Arbeiten in die USA zu ziehen. Zudem entstehen transnationale *communities* dadurch, dass sich die Immigranten in den USA meist dort ansiedeln, wo bereits Mitglieder ihrer Herkunftsgemeinschaft leben, die wiederum durch verschiedene Kanäle – etwa über das Pendeln der Transmigranten, durch die finanziellen Rücküberweisungen (*remittances/remesas*) an Verwandte und durch die Aktivitäten so genannter *Hometown Associations* (HTAs) – mit der Herkunftsgemeinschaft verbunden bleiben. Die *Hometown Associations* dienen zur Zusammenführung, zum Informationsaustausch und zur gegenseitigen Hilfe von Migranten desselben Heimatortes. Zu ihren Hauptzielen gehören die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Herkunftsgemeinden in Mexiko, die Bewahrung der mexikanischen kulturellen Identität sowie die Integration der Migranten in den USA. Oft schließen sich die *Hometown Associations* desselben Herkunftsbundesstaates zu Föderationen

innerhalb eines US-Bundesstaates zusammen. In manchen Fällen verfolgen sie politische Ziele, meist fördern sie jedoch Kultur-, Bildungs- und sonstige soziale und wirtschaftliche Projekte.

Die US-Südgrenze als Sicherheitsproblem?

Um die unautorisierte Immigration an der Südgrenze einzudämmen, unternahmen die USA insbesondere seit den 1990er Jahren enorme Anstrengungen. Doch weder restriktivere Gesetzgebungen, noch eine verschärfte Grenzsicherung u.a. durch den Bau von Zäunen führten zu einer Verringerung der Migration aus Mexiko. Vielmehr hatten diese eine Verlagerung der Migrationsrouten in abgelegene Gebiete und damit eine geringere Quote von Festnahmen unautorisierter Migranten und einen dramatischen Anstieg der migrationsbedingten Todesfälle zur Folge.¹ Anstatt die „illegale“ Zuwanderung zu vermindern, hatten die Maßnahmen eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer der Migranten in den USA und damit eine Erhöhung der Zahl der im Land lebenden undokumentierten Immigranten zur Folge (Massey 2005).

Seit dem 11.9.2001 werden Immigration und die Situation an der Südgrenze der USA zuneh-

¹ Im Jahr 2005 wurde mit 415 Toten die höchste Zahl an Opfern an der Grenze seit Beginn der Registrierung verzeichnet. In den letzten Jahren starb im Schnitt täglich eine Person beim Versuch, „illegal“ über die Südgrenze in die USA einzureisen. So wird die Zahl der seit 1995 Umgekommenen auf 3500 geschätzt. Vgl.: www.signonsandiego.com/news/mexico/tjuana/20050904-9999-1n4border.html, 6.9.2005.

mend als nationales Sicherheitsproblem betrachtet. Davon zeugt zum einen die Verlagerung der Kompetenzen der ehemaligen im Justizministerium angesiedelten *Immigration and Naturalization Services* (INS) an die *U.S. Citizenship and Immigration Services* (USCIS), die 2003 als Unterabteilung des in der Folge der Terroranschläge gegründeten *Department of Homeland Security* (DHS) geschaffen wurde. Zum anderen werden unter den an der Grenze festgenommenen Undokumentierten auch zunehmend Immigranten der Kategorie „OTM“ (*Other than Mexican*) registriert, die teilweise aus Ländern stammen, in denen islamistische Terrororganisationen aktiv sind. Seitens diverser US-Behörden nehmen die Befürchtungen zu, Al Quaida oder andere islamistische Gruppen könnten versuchen, Terroristen und biologische Massenvernichtungswaffen durch die poröse Südgrenze einzuschmuggeln (CSIS/ITAM 2004b).

Aufgrund der Zunahme von Gewalt, Drogenhandel, Kriminalität und „illegaler“ Einwanderung riefen die demokratischen Gouverneure von Arizona und New Mexiko, Janet Napolitano und Bill Richardson, im August 2005 den Notstand in einigen Provinzen an der Südgrenze ihrer Bundesstaaten aus, um zusätzliche Mittel für die Grenzsicherung beantragen zu können. Auf mexikanischer Seite führten diese Maßnahmen zu deutlichen diplomatischen Verstimmungen. Es gibt jedoch bereits auch einige Initiativen, bei der Sicherung der Grenze vermehrt zu kooperieren. So wurde 2002 mit dem *Smart Border Plan* ein Abkommen zur bilateralen Sicherheitskooperation geschlossen, in dem sich beide Seiten zu diversen Maßnahmen für einen stärkeren Schutz der Grenze verpflichtet haben.

Intensive Debatte um Immigrationspolitik

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen herrscht in den USA derzeit eine intensive Debatte um die Reform des Immigration systems. Dass die Immigration aus Mexiko innerhalb dieser Diskussion einen besonderen Stellenwert einnimmt, verdeutlicht nicht zuletzt ein im Frühjahr 2004 erschienener Artikel von Samuel Huntington, der insbesondere die „Gefahren“ durch die Immigration aus Mexiko hervorhebt. Huntington warnt darin vor einer Spaltung der Nation in einen englisch- und einen spanischsprachigen Teil und sieht in der derzeitigen lateinamerikanischen – vor allem in der mexikanischen – Immigration eine Bedrohung der US-amerikanischen Kultur sowie die Gefahr einer Abspaltung des

US-amerikanischen Südwestens (Huntington 2004, dazu: Gratius 2005: 13f.).

Nachdem Präsident Fox 2001 erstmals aus mexikanischer Initiative Forderungen zur US-amerikanischen Immigrationspolitik gestellt hatte und sich in den sich anschließenden bilateralen Verhandlungen zwischen Fox und Bush ein Migrationsabkommen zugunsten Mexikos abzeichnete, wurde dieses durch die Ereignisse des 11.9.2001 auf Eis gelegt. Neu entfacht wurde die Debatte um die Immigrationspolitik im Januar 2004 durch einen Vorschlag für ein Gastarbeiterprogramm von Präsident Bush. Dieser sah die Verleihung des Gastarbeiterstatus an die sich derzeit ohne Autorisierung im Land Aufhaltenden sowie die Vergabe von befristeten Gastarbeitervisa an potentielle Migranten im Ausland vor.

Derzeit liegen mehr als 50 Gesetzesentwürfe zur Immigrationsreform im Kongress vor. Darunter haben zwei mit umfassenden Reformvorschlägen bisher besondere Beachtung gefunden. Zum einen das im Mai von den Senatoren John McCain (Rep.) und Edward Kennedy (Dem.) eingebrachte, von Mitgliedern beider Parteien unterstützte *Secure America and Orderly Immigration Act*, das u.a. die Schaffung zusätzlicher temporärer Arbeits-Visa und eine Option zur Legalisierung des Aufenthaltes für bereits in den USA lebende undokumentierte Immigranten vorsieht. Zum zweiten die restriktivere Alternative des *Comprehensive Enforcement and Immigration Reform Act* der beiden republikanischen Senatoren John Cornyn und Jon Kyl. Dieses enthält zwar auch ein Gastarbeiterprogramm, jedoch keine Möglichkeit, permanente Aufenthaltsgenehmigungen zu beantragen. Vielmehr sieht es vor, dass alle 10-12 Millionen unautorisierten Immigranten innerhalb von fünf Jahren das Land verlassen müssten, um erneut legal einreisen zu dürfen (NCSL 2005).

Mit einer Entscheidung wird in diesem Jahr nicht mehr gerechnet. Zumindest ist davon auszugehen, dass es nicht zu einer von mexikanischer Seite gewünschten Amnestie kommen wird wie 1986, als durch das *Immigration Reform and Control Act* (IRCA) 2 Millionen undokumentierte Mexikaner einen legalen Aufenthaltsstatus erhielten. So deutet auch die Unterzeichnung des REAL-ID-Acts durch Präsident Bush im Mai dieses Jahres, welches u.a. strengere Vorschriften für die Ausstellung von Führerscheinen für Immigranten enthält und den weiteren Ausbau der Zaunanlagen an den Grenzen ermöglicht, darauf hin, dass die US-Immigrationspolitik tendenziell eher restriktiver wird. Mexiko scheint derzeit

angesichts der empfundenen Sicherheitsbedrohung der USA keine guten Aussichten zu haben, eigene Forderungen im Bereich der Immigrationspolitik durchzusetzen.

Voto latino und Mexican-Americans als Mandatsträger

Mit einem Anteil von 60% an der Wählerschaft der Latinos leisten die *Mexican-Americans* und die eingebürgerten *US-Mexicans* – etwa ein Fünftel der mexikanischen Immigranten haben die US-amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen – auch einen bedeutenden Beitrag zum zunehmenden Gewicht des *voto latino* bei den US-amerikanischen Wahlen. Dabei ist die traditionelle Identifikation der *Hispanics* mit der Demokratischen Partei (45%) unter den Mexikanern mit 47% noch etwas ausgeprägter. Nur 18% der Mexikaner und 20% der gesamten Latinos identifizieren sich mit den Republikanern. Dennoch wurde Präsident Bush bei der Wahl 2000 von 35% der Latinos gewählt und konnte seine Zustimmung unter den lateinamerikanischen Wählern bei der Wahl 2004 noch auf ca. 39% ausbauen.

Trotz der Diskussionen über die zunehmende Bedeutung des *voto latino* für die US-amerikanischen Wahlen, scheinen die Latinos auch 2004 den Ausgang der Wahl nicht entschieden zu haben. Mit einem Stimmenanteil von lediglich 6% bei der Wahl 2004 sind sie im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil von über 14% weiterhin stark unterrepräsentiert. Auch bedeuten die hohen Zustimmungsraten für Bush nicht unbedingt, dass die *Hispanics* zunehmend zur Republikanischen Partei „überlaufen“. Bereits Präsident Reagan hatte 1980 37% der Latino-Wählerschaft auf seiner Seite, während die Zustimmung für republikanische Kandidaten in den folgenden Wahlen wieder deutlich abnahm. Auch wenn das Stimmengewicht der Latinos bzw. der „Mexikaner“ in US-amerikanischen Wahlen weiter zunimmt, bleibt somit insgesamt weiterhin offen, wie und in welchem Maße sie diese in Zukunft beeinflussen werden (Leal/de la Garza u.a. 2005).

In jedem Fall sind aber immer mehr mexikanischstämmige Personen in politischen Ämtern vertreten. Im Abgeordnetenhaus ist die Mehrheit der 23 Latinos mexikanischstämmig. Neben dem *Cuban-American* Mel Martinez ist mit Ken Salazar ebenfalls ein *Mexican-American* im Senat vertreten. Das Justizministerium, das erstmals in der Geschichte der USA von einem Latino geführt wird, untersteht seit Februar 2005 Alberto González. Der einzige Gouverneur lateinamerikanischer Herkunft ist der ebenfalls mexikanisch-

stämmige Bill Richardson aus New Mexico. Schließlich wurde im Mai 2005 erstmals seit 133 Jahren in Los Angeles mit Alberto Villaraigosa ein *Mexican-American* zum Bürgermeister gewählt. Doch bedeutet auch die zunehmende Präsenz der Latinos in öffentlichen Ämtern nicht notwendigerweise eine unterschiedliche Politik. So ist etwa Villaraigosa nicht aufgrund eines „mexikanisierten“ bzw. „lateinamerikanisierten“ Wahlkampfes an die Macht gekommen, sondern vielmehr durch die gezielte Bildung von Koalitionen mit weiteren gesellschaftlichen Gruppen. Auch betonte er, er sei zwar stolz auf seine Herkunft, wolle aber ein Bürgermeister „für alle in Los Angeles“ sein.

Organisationen der Mexican-Americans und der US-Mexicans

Um ihre politischen Anliegen zu verfolgen, haben sich die *Mexican-Americans* bereits seit langer Zeit, die *US-Mexicans* erst seit kurzem in politischen Lobbygruppen organisiert. Die älteste, noch heute eine der wichtigsten Bürgerrechtsorganisationen der *Mexican-Americans*, die *League of United Latin American Citizens* (LULAC), wurde 1929 in Texas gegründet. In den folgenden Dekaden entstand eine Reihe von weiteren Organisationen: Die bedeutendsten sind der 1968 gegründete *Nacional Council of La Raza* (NCLR), der 1976 ins Leben gerufene *Mexican American Legal Defense and Educational Fund* (MALDEF) und die *National Association of Latino Elected and Appointed Officials* (NALEO) (1981). Wenngleich die *Mexican-Americans* die Mehrheit der Mitglieder dieser Organisationen stellen, engagieren sich diese Organisationen im Namen aller *Hispanics*. Dementsprechend fokussieren die Organisationen ihre politische Aktion primär auf die USA, teilweise engagieren sie sich aber auch für politische Angelegenheiten in den jeweiligen „Herkunftsländern“. So reiste etwa im Februar 2005 Héctor Flores, der Präsident von LULAC, nach Mexiko, um sich im dortigen Kongress für das Wahlrecht der Mexikaner im Ausland auszusprechen.

Wie im Fall der politischen Lobby-Gruppen existieren auch bei den Parteien keine spezifischen Gruppierungen der Mexikaner, sondern lediglich aller *Hispanics*. Der 1973 in Kalifornien gegründete *California Democratic Party Chicano Caucus* wurde 1991 aufgrund der zunehmenden Diversität der Latino-Mitglieder des Parlaments in *Latino Legislative Caucus* umbenannt. Dem *Congressional Hispanic Caucus*, einem Zusammenschluss der demokratischen Latinos im US-

amerikanischen Abgeordnetenhaus, gehören ebenfalls *Hispanics* verschiedener Herkunft an, wenngleich die Mexikaner den weitaus größten Anteil stellen.

Auch bei der Diskussion um die Reform des Immigration-systems haben sich die Latinos und ihre Organisationen zu Wort gemeldet. So wandten sich LULAC, MALDEF, NALEO und La Raza im Februar, nachdem das REAL-ID-Act im Kongress verabschiedet worden war, mit einem offenen Brief an Präsident Bush, um sich gegen eine Unterzeichnung des Gesetzes auszusprechen, da sie weitreichende negative Folgen für die Latino- und andere Immigrantengemeinschaften befürchteten. Im Falle der aktuellen Gesetzesinitiativen haben La Raza und LULAC bereits Position für den Entwurf von McCain und Kennedy bezogen. Angesichts ihres Misserfolgs im Falle des REAL-ID-Acts ist jedoch fraglich, inwieweit die Latino-Lobby Einfluss auf die Entscheidung nehmen wird.

Neben der traditionellen Form ihrer Organisation in den *Hometown Associations* haben auch die *US-Mexicans* insbesondere gegen Ende der 1990er Jahre, in denen sich die mexikanische Gemeinschaft in den USA zunehmend politisierte, vermehrt Organisationen mit klaren politischen Zielsetzungen gegründet. Diese entstanden meist in einem bestimmten politischen Kontext, etwa im Vorfeld der mexikanischen Präsidentschaftswahl 2000, und verfolgen meist politische Interessen in Mexiko, zunehmend aber auch in den USA. In Bezug auf Mexiko liegt ihr Hauptanliegen in der Erlangung des Rechts auf Wahl im Ausland, aber auch in der Wahl von Vertretern für das mexikanische Parlament zur Repräsentation der Emigranten. Hierfür setzt sich beispielsweise die 2001 gegründete *Coalición de los Derechos Políticos de los Mexicanos en el Exterior* (CDPME) ein. In den USA engagieren sie sich vornehmlich für die Rechte bzw. die Legalisierung von Immigranten, so etwa die ursprünglich anlässlich der Wahl 2000 ins Leben gerufene Organisation *Migrantes Mexicanos para el Cambio* (MIMEXCA) (de la Garza/Hazan 2003).

Auch wenn die Organisationen der *Mexican-Americans* und der *US-Mexicans* teilweise gemeinsame Interessen vertreten, so verfolgen diese – entsprechend ihres unterschiedlichen bürgerrechtlichen Status in den USA und ihrer Selbstdefinition – doch meist unterschiedliche Ziele in unterschiedlichen Arenen. Erstere definieren sich eher als Amerikaner denn als Mexikaner und setzen sich insbesondere für die Belange der Latinos in den USA ein. Letztere fühlen sich als

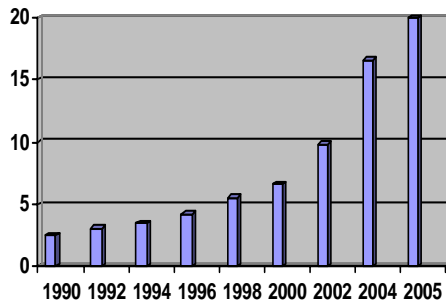
Mexikaner und haben daher viel eher ein Interesse an der ökonomischen und demokratischen Entwicklung Mexikos. Somit kann, wenngleich die Organisationen zunehmend an Einfluss gewinnen, derzeit nicht von „den Mexikanern“ in den USA als einheitlicher politischer Kraft gesprochen werden. Dennoch scheinen sich die beiden Gruppen weiter annähern, je mehr sie sich als „transnationale“ Akteure definieren. Zum einen sind die *US-Mexicans*, je länger sie in den USA sind und je notwendiger es erscheint, dass sie ihre Arbeit auf ihre neue Lebenswelt fokussieren, vermehrt auf die Unterstützung der Organisationen der *Mexican-Americans* angewiesen. Umgekehrt können letztere von dem enormen Mobilisierungspotential der mexikanischen Immigrantengruppen an der Basis profitieren, um ihre Anhängerschaft zu erweitern und ihr politisches Gewicht zu stärken (ebd.).

Die „Explosion“ der *remesas* in Mexiko

In Mexiko werden die Migranten insbesondere durch ihren zunehmenden wirtschaftlichen Einfluss durch die *remesas* auch als politischer Machtfaktor immer ernster genommen. Tatsächlich erhöhte sich der Betrag der finanziellen Rücküberweisungen nach Mexiko mit dem Anstieg der Zahl an Migranten sogar überproportional. Mexiko führt absolut gesehen seit Jahren mit Abstand die Rangliste der lateinamerikanischen *remesa*-Empfängerländer an. Beliefen sich die *remittances* in Mexiko Anfang der 1990er Jahre noch auf US\$ 2,5 Mrd., so lagen sie im Jahr 2004 bei über US\$ 16 Mrd. Für 2005 erwartet die Bank von Mexiko die Rekordsumme von US\$ 20 Mrd. In Mexiko haben die Überweisungen zwar nicht dieselbe relative Bedeutung wie etwa in El Salvador, wo sie bereits 15% des BIP ausmachen, dennoch nimmt ihr Gewicht für die nationale Volkswirtschaft weiter zu: Der Anteil am BIP hat sich seit 2000 mehr als verdoppelt (2000: 1,2%; 2004: 2,5%) und die *remesas* stellen bisher nach den Erdöleinnahmen die zweitgrößte Devisenquelle des Landes dar. Mit dem erwarteten Ergebnis von 2005 könnte sich dies sogar erstmals umkehren. Da diese Überweisungen bislang jedoch meist für den privaten Konsum ausgegeben werden, hat die mexikanische Regierung auf die Initiative von Migrantenorganisationen seit einigen Jahren Programme zur Kanalisierung der *remesas* eingerichtet. So werden etwa beim so genannten *Programa tres por uno* für jeden von den Migranten gesendeten Dollar jeweils ein weiterer von der mexikanischen Zentralregierung, von der Regierung des jeweiligen Bundesstaates und von der lokalen Regierung beigesteuert.

ert, um beispielsweise Infrastrukturprogramme in den Heimatgemeinden der Migranten zu finanzieren.

Abbildung 1: Anstieg der mexikanischen remesas 1990-2005 (in Mrd. US\$)



Quelle: CONAPO 2004; Wert von 2005: Schätzungen der Banco de México nach González Amador 2005.

Die Politik der mexikanischen Regierung für ihre Migranten

Neben den Programmen zur Kanalisierung der *remesas* haben die mexikanischen Regierungen seit den 1990ern diverse Programme für die Mexikaner in den USA eingerichtet, die aufgrund ihres Wirtschaftspotentials nun nicht mehr wie früher als „Verräter“ sondern als „Helden“ des Heimatlandes angesehen werden. Nachdem unter Carlos Salinas 1990 das *Programa de las Comunidades Mexicanas en el Exterior* (PCME) eingerichtet wurde, bekam die Politik der mexikanischen Regierung für die Migranten unter Präsident Fox eine neue Qualität. Einen wichtigen Schritt zur Institutionalisierung der mexikanischen Politik für die Emigranten stellte die Schaffung des *Instituto de los Mexicanos en el Exterior* (IME) im Jahr 2003 dar. Diesem gehören als wichtigste Gremien zum einen der *Consejo Nacional para las Comunidades Mexicanas en el Exterior* (CNCME) an, welcher die elf von Migrationsfragen betroffenen Ministerien der mexikanischen Regierung koordiniert, zum anderen der *Consejo Consultivo del IME* (CCIME), dem 157 Vertreter der mexikanischen Gemeinschaften im Ausland angehören – darunter sowohl *US-Mexicans* als auch *Mexican Americans*. Zweck dieses Konsultationsorgans ist es, Empfehlungen an die Regierung abzugeben und die Mexikaner im Ausland formal in die für sie relevanten Entscheidungsprozesse einzugliedern. Eines der Hauptanliegen des CCIME ist beispielsweise die Förderung des Wahlrechts im Ausland. Da das IME die erste Institution ist, die

alle relevanten Gruppen von staatlicher und gesellschaftlicher Seite auf beiden Seiten zusammenbringt, wird es auch als erste transnationale Institution der mexikanischen Geschichte bezeichnet (Cano/Déllano 2004).

Eine weitere Initiative der mexikanischen Regierung, die allerdings von US-amerikanischer Seite mit einiger Skepsis aufgenommen wurde, war die Veröffentlichung des *Guía del Migrante Mexicano* im Januar 2005. Dieser im Stil eines Comics verfasste Ratgeber klärt potentielle Migranten über die Gefahren des unautorisierten Überquerens der Grenze auf, gibt Hinweise für eine sicherere Einreise und informiert über die Rechte der Migranten in den USA. Das Heft wurde in einer Auflage von ca. 2 Mio. Exemplaren an Haushalte in mexikanischen Bundesstaaten mit hoher Emigrationsdichte und an mexikanische Konsulate in den USA verteilt und ist auf den Internetseiten des mexikanischen Außenministeriums verfügbar. Seitens kritischer Stimmen in den USA wurde diese Veröffentlichung als Aufforderung zum illegalen Überqueren der Grenze gewertet, während die mexikanische Regierung beteuert, der Ratgeber bezwecke lediglich, über die diesbezüglichen Gefahren und die Rechte der Migranten aufzuklären.

Abbildung 2: Auszug aus dem *Guía del Migrante Mexicano*



Der dazugehörige Text erläutert: „Gefahren durch Überqueren der Grenze in Zonen hohen Risikos. Das Überqueren der Grenze durch den Fluss kann sehr gefährlich sein, vor allem wenn du alleine und nachts unterwegs bist. Dicke Kleidung erhöht dein Gewicht wenn sie nass wird, und das erschwert das Schwimmen oder sich Treiben lassen“ (Übers. d. Verf.).

Quelle: www.sre.gob.mx/tramites/guiamigrante/default.htm.

Das Wahlrecht im Ausland

Auch für die mexikanischen Wahlen sind die Migranten von zunehmender Bedeutung. Im Laufe der 1990er Jahre unternahmen verschiedene mexikanische Präsidentschaftskandidaten Wahlkampfreisen in die USA, um die dort lebenden Mexikaner zu „Wahlempfehlungen“ für ihre Verwandten in Mexiko zu animieren. Da diese in

vielen Fällen die Hauptunterstützer der Familien darstellen, wurde den politischen Ansichten der Emigranten ein nicht zu unterschätzendes Gewicht eingeräumt (Leiken 2000). Selbst wählen durften diese bisher nicht, obwohl die Forderung nach dem Wahlrecht im Ausland bereits 1929 erstmals eingefordert wurde. Insbesondere seit der Kampagne des oppositionellen PRD-Kandidaten Cuauhtémoc Cárdenas in den USA vor der umstrittenen Wahl im Jahr 1988, der mit seiner Kritik am Regime des PRI breite Unterstützung bei den Emigranten fand, setzten sich zahlreiche politische Organisationen der Migranten für die Erlangung dieses Rechts ein. 1996 wurde daraufhin das Wahlrecht im Ausland in der Verfassung festgeschrieben (Calderón/Martínez 2002). Die damit verbundenen rechtlichen Voraussetzungen wurden allerdings erst im Mai 2005 erfüllt und ein Gesetz erlassen, wodurch es den Mexikanern im Ausland erstmals bei der Präsidentschaftswahl 2006 möglich sein wird, per Briefwahl zu wählen.

Wenngleich diese Entscheidung von einigen Aktivisten der Migranten als historisch bezeichnet wird, hat sie unter diesen auch zu Kritik geführt. Zum einen wird die Einrichtung der Briefwahl – anstatt der Möglichkeit, direkt in den USA in einem Konsulat zu wählen – kritisiert, da das mexikanische Postsystem als sehr unzuverlässig angesehen wird. Zweitens verbietet das Gesetz Wahlkampagnen der Kandidaten im Ausland, so dass sich die Wähler kein direktes Bild von den Kandidaten machen können, und drittens dürfen nur diejenigen Personen wählen, die bereits eine gültige Wählerkarte (*credencial electoral*) besitzen, die für eine persönliche Registrierung in Mexiko notwendig ist.

Wenngleich einige Analysten die Stimmen aus dem Ausland als entscheidend in der voraussichtlich knapp ausgehenden Präsidentschaftswahl bezeichnen (Soto 2005), ist die Bedeutung des Wahlrechts im Ausland für die anstehende Wahl 2006 wohl eher gering einzuschätzen. Berechnungen zufolge werden zwar 2006 ca. 10 Millionen Mexikaner im Wahlalter in den USA leben. Wenngleich von diesen nur 2,4 bis 4 Millionen die notwendige *credencial electoral* besitzen, würden diese immerhin knapp 17% (!) der im mexikanischen Wahlregister registrierten Wähler ausmachen. Doch es wird davon ausgegangen, dass nur ein weit geringerer Anteil tatsächlich vom Wahlrecht Gebrauch machen wird. Allerdings gehen diesbezügliche Schätzungen weit auseinander. Laut einer jüngsten Umfrage unter neu eingewanderten Immigranten würden fast 90% dieser Personen wählen, wenn sie die Mög-

lichkeit hätten. Schätzungen der Parteien gehen von lediglich 400.000 bis 800.000, das heißt etwa 10% bis 20% an Wählern aus. Diese geringen Werte werden damit begründet, dass die Mexikaner zum einen wenig Vertrauen in ihr Postsystem hätten und die Prozedur des Briefwahlsystems zu kompliziert und zu teuer sei, zum anderen, dass nur eine kleine Minderheit der Emigranten interessiert genug an der Politik im Herkunftsland sei und diese stärker mit Problemen des täglichen Überlebens in den USA konfrontiert seien, als mit der Frage, in Mexiko zu wählen. Auch haben viele Migranten ihre *credencial electoral* nicht bei sich, und insbesondere für die sich ohne Autorisierung in den USA Aufhaltenden wäre eine Überquerung der Grenze für die Beschaffung des Papiers zu gefährlich. Letztendlich würden die Mexikaner im Ausland die Wahl auch nur entscheiden, wenn sie deutlich andere Parteipräferenzen vertreten würden als die Wähler in Mexiko. Doch über die politischen Orientierungen der Migranten herrscht weitgehend Unklarheit. Vielmehr scheinen die Wähler in den USA die Wählerschaft in Mexiko widerzuspiegeln (Harman 2005). Damit wären die zusätzlichen Stimmen letztendlich nicht von wahlentscheidender Relevanz.

Wenngleich das Wahlrecht im Ausland für Mexiko also eher von symbolischem Wert ist, stellt dies gleichsam eine historische Entscheidung dar. Zwar erlauben weltweit ungefähr 70 Länder ihren Bürgern im Ausland zu wählen. In Mexiko ist das Wahlrecht im Ausland allerdings aufgrund seiner großen Zahl von Emigranten, die sich beinahe alle in den USA aufhalten, von besonderer Bedeutung. Nimmt das ökonomische Gewicht der Migranten weiter zu, ist langfristig auch davon auszugehen, dass die Wahlrechtsbestimmungen so reformiert werden, dass alle im Ausland lebenden Wahlberechtigten von ihrem Recht Gebrauch machen können und das potentielle Gewicht des *voto en el exterior* damit zunehmen wird. Zumindest rüsten sich die mexikanischen Parteien bereits für zukünftigen Wahlkampf auf US-amerikanischem Boden. Die drei größten Parteien, PAN, PRI und PRD, haben bereits eigene Niederlassungen in US-amerikanischen Großstädten.

Transnationale Politiker

Dass die transnationale politische Aktion der Migranten auch Implikationen für die Gesetzgebung des Herkunftsstaates haben kann, zeigt der Fall des *Rey del Tomate*, eines erfolgreichen Tomatenanbauers aus Kalifornien, der im Jahr 2004

in Jerez, im mexikanischen Bundesstaat Zacatecas, Bürgermeister wurde. Andrés Bermúdez war bereits 2001 in dieses Amt gewählt worden, doch wurde die Wahl damals für nichtig erklärt, da Bermúdez nicht, wie es die Gesetzgebung vorsah, ein Jahr vor der Wahl durchgängig in seinem Heimatort Jerez gewohnt hatte. Daraufhin setzten sich politische Lobby-Gruppen mexikanischer Immigranten in Südkalifornien massiv für eine Änderung der Wahlvorschriften ein. Im August 2003 schließlich verabschiedete der zacatecanische Kongress die so genannte *Ley Migrante*, welche es Migranten mit binationalem Wohnsitz erlaubt, bei Wahlen für Posten auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene zu kandidieren. Zudem wurden die Parteien zur Reservierung von Listenplätzen für Migranten verpflichtet, wodurch seitdem deren Repräsentation im bundesstaatlichen Kongress gewährleistet ist. Weitere Bundesstaaten, etwa Michoacán und Puebla, sind derzeit dabei, ähnliche Gesetzesreformen zu diskutieren (IME 2004). Interessant am Fall Bermúdez ist darüber hinaus aber auch dessen Wahlerfolg aufgrund seiner Argumentation, die Politik in Jerez „amerikanisieren“ zu wollen, das heißt, die traditionelle mexikanische politische Kultur von Korruption und Autoritarismus durch demokratischere Praktiken der USA zu ersetzen (Smith/Bakker 2005).

Fazit und Ausblick

Die quantitative Zunahme der mexikanischstämmigen Bevölkerung in den USA hat zunehmend auch qualitative Veränderungen in beiden Ländern zur Folge. Nicht nur werden die USA „mexikanisiert“, vielmehr wird auch Mexiko durch die *remittances* und die „rückimportieren“ Praktiken der Migranten zunehmend „amerikanisiert“.

Die USA werden sich in naher Zukunft auf eine weitere Zunahme der mexikanischstämmigen Bevölkerung auf ihrem Territorium einstellen müssen. Auch haben sie die Herausforderung zu meistern, ihr Immigrationssystem so zu reformieren, um ihre Nachfrage an Arbeitskraft aus dem Süden mit dem Zustrom an Migranten in Einklang zu bringen und dem Bedürfnis an nationaler Sicherheit gerecht zu werden. Wenngleich das politische Gewicht der „Mexikaner“ weiter ansteigen wird, sind angesichts der aktiven Eingliederung der *Mexican-Americans* in das politische

Leben der USA Befürchtungen à la Huntington aber überzogen.

In Mexiko wird das politische Gewicht der in den USA lebenden mexikanischstämmigen Bevölkerung insbesondere mit dem voraussichtlichen weiteren Anstieg der *remesas* ebenfalls zunehmen. So ist auch anzunehmen, dass die nächste mexikanische Regierung – gleich welcher Partei – alle Anstrengungen unternimmt, die Verbindungen zu diesem bedeutenden Teil der „Nation“ weiterhin zu stärken. Welche Implikationen die Einführung des Wahlrechts im Ausland tatsächlich haben wird, ist wohl erst nach der Präsidentschaftswahl im Juli 2006 abzuschätzen. Zumindest wird dieses von vielen Beobachtern als Beitrag zur Vertiefung der Demokratie in Mexiko gewertet.

Für das bilaterale Verhältnis zwischen den USA und Mexiko birgt die zunehmende Migration sowohl Risiken als auch Chancen. Risiken insofern, als durch die Angst vieler US-Amerikaner vor Überfremdung, durch zunehmende Gewalt an der Grenze und durch entsprechende unilaterale Maßnahmen der US-Regierung die bilateralen Spannungen zunehmen könnten. Chancen insofern, als durch die offensichtliche Unmöglichkeit, das „Problem“ der Immigration, der Gewalt und der Kriminalität an der Grenze unilateral zu lösen, weitere Kooperation zwischen den beiden Nachbarn notwendig sein wird. Vielleicht könnte die anwachsende mexikanischstämmige Bevölkerung in den USA durch ihre Kenntnis beider Welten und ihre „transnationale Identität“ auch zu mehr Verständigung zwischen den USA und Mexiko beitragen. Den bilateralen Beziehungen der beiden ungleichen Nachbarn wäre dies zu wünschen.

Literatur:

- American Immigration Law Foundation (AILF) (2002): *Mexican Immigrant Workers and the U.S. Economy: An Increasingly Vital Role*, in: www.ailf.org/ipc/ipf0902.pdf, 08.09.2005.
- Calderón Chelius, Leticia/Martínez Saldana, Jesús (2002): *La dimensión política de la migración mexicana*, México D.F.
- Cano, Gustavo/Délano, Alexandra (2004): *The institute of Mexicans Abroad: The day after... After 156 Years*, in: www.repositories.cdlib.org/cgi/viewcontent.cgi?article=1052&context=usmex, 13.09.2005.
- Center for Strategic and International Studies (CSIS)/Instituto Tecnológico Autónomo de México (ITAM) (2004b): *U.S.-Mexico Border Security and the evolving security relationship. A report of the U.S.-Mexico Binational Council*, in: www.csis.org/americas/mexico/0404_bordersecurity.pdf, 05.09.2005.
- De la Garza, Rodolfo O./Hazan, Myriam (2003): *Looking Backward Moving Forward: Mexican Organizations in the U.S. as agents of incorporation and dissociation. The Tomás Rivera Policy Institute*, in: www.trpi.org/PDFs/Looking_Backward.pdf, 11.09.2005.
- Délano, Alexandra (2004): *Mexico-U.S Migration after NAFTA: The Boundaries for Cooperation*, in: www.weltpolitik.net/print/1463.html, 10.05.2005.
- González Amador, Roberto (2005): „Hispanos’, objetivo de la banca de EU; abrieron 400 mil cuentas en 18 meses“, in: *La Jornada*, 01.06.2005.
- Gratius, Susanne (2005b): *Machtfaktor Hispanics. Die Folgen der lateinamerikanischen Zuwanderung für die USA und Spanien*, SWP-Studie 14, Juli 2005, Berlin.
- Harman, Danna (2005): „Mexicans in US gain voting cloud“, in: *The Christian Science Monitor*, www.csmonitor.com, 30.06.2005.
- Huntington, Samuel (2004): *The Hispanic Challenge*, in: *Foreign Policy* 141 (März/April 2004) S. 30-45.
- (2004): *Who are we? The challenges to America’s national identity*, New York, S. 221-256.
- Instituto de los Mexicanos en el Exterior (IME) (2004): „Voto de los mexicanos en el exterior“, in: *Mexicanos en el Exterior* Vol. 1, Nr. 9, in: www.portal.sre.gob.mx/ime/pdf/BOL9VE.pdf, 13.09.2005.
- Leal/de la Garza u.a. (2005): „The Latino Vote in the 2004 Election“, in: *PS, Political Science & Politics*, Januar 2005.
- Leiken, Robert S. (2000): *The Melting Border. Mexico and Mexican Communities in the United States*, Center for Equal Opportunity, Washington.
- Massey, Douglas S. (2005): *Backfire at the Border. Why Enforcement without Legalization Cannot Stop Illegal Immigration*. Cato Institute, in: www.freetrade.org/pubs/pas/tpa-029.pdf, 12.09.2005.
- National Conference of State Legislatures (NCSL) (2005): *Federal Immigration Reform Bills*, August 1, 2005, in: www.ncsl.org/programs/immig/fedimmigreform0805.htm, 05.09.2005.
- Pries, Ludger (1999): „Transnationale soziale Räume zwischen Nord und Süd. Ein neuer Forschungsansatz für die Entwicklungssoziologie“, in: Gabbert, Wolfgang u.a. (Hrsg.): *Migrationen, Lateinamerika. Analysen und Berichte*, 23, Bad Honnef, S. 39-54.
- Smith, Michael Peter/Bakker, Matt (2005): „The transnational politics of the Tomato King: meaning and impact“, in: *Global Networks* 5, 2, S. 129-146.
- Wayne A. Cornelius (2005): „Mexican Elections: Who cares where they vote“, in: *Los Angeles Times*, 03.07.2005.
- Quinones, Sam (2005): „Mexican Emigres Cheer, Shrug at New Voting Right. Getting to vote in their homeland’s elections for president provokes a mixed response“, in: *Los Angeles Times*, 02.07.2005.

Ausgewählte Links:

Instituto de los Mexicanos en el Exterior (IME): www.sre.gob.mx/ime

Consejo Nacional de Población (CONAPO): ww.conapo.gob.mx

League of United Latin American Citizens (LULAC): ww.lulac.org

Mexican American Legal Defense and Educational Fund (MALDEF): www.maldef.org

National Association of Latino Elected and Appointed Officials (NALEO): www.naleo.org

National Council of La Raza (NCLR): www.nclr.org

Pew Hispanic Center: www.pewhispanic.org

The Center for Comparative Immigration Studies: www.ccis-ucsd.org

Weitere Brennpunkte zum Thema:

Hoffmann, Bert (2003): „Die Lateinamerikanisierung der USA. 38,8 Millionen Latinos in den USA: Kurze Erkundung einer neuen Macht“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, 12, S. 115-122.

Gratius, Susanne (2005): „Ursachen und Folgen der Migration aus Lateinamerika“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, 14, S. 165-172.

Autorennotiz:

Ursula Stiegler ist Diplom-Kulturwirtin mit Schwerpunkt Spanien und Lateinamerika und war von Mai bis August 2005 Mitglied der Arbeitsgruppe „Latinos in den USA“ bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.

E-Mail: ustiegler@yahoo.com

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Lektorat und Produktion: Nina Grabe und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: €61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); €46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); €31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von €15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten €3,10 (für Studierende €2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iik@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde

Sebastian Huhn

Einwanderungsdiskurse und Migrationspolitik in Costa Rica

**Wandel und Konstanten in der gesellschaftlichen
Auseinandersetzung mit der nikaraguanischen
Migration seit den 1980er Jahren**

**Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2005, 134 S., €7,70
(Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Bd. 18)
ISBN 3-936884-18-8**

Obwohl es nikaraguanische Einwanderung nach Costa Rica bereits seit dem 19. Jahrhundert in wechselndem Umfang gibt, hat sie sich seit den 1980er Jahren zu einem der wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Streitthemen entwickelt. Die vorliegende Studie geht diesem Wandel und der vordergründigen Inkonsequenz in den öffentlichen Diskursen und dem ebenfalls auf den ersten Blick widersprüchlichen politischen Umgang mit der Einwanderung nach. Der erste Teil widmet sich der Frage nach den Ursachen und dem Charakter der Migration. Dazu wird in einer historischen Perspektive der ökonomische, politische und soziale Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen Nikaraguaner jährlich zu Tausenden nach Costa Rica einwandern ohne sich von verstärkten Sicherheitskontrollen und einer zunehmenden Illegalisierung abhalten zu lassen. Das Migrationsverhalten wird dabei vor allem im Kontext neuer Theorien über den Netzwerkcharakter von Migration diskutiert. Im zweiten Teil wird der Wandel in den gesellschaftlichen Diskursen über die Migration analysiert. Es wird dabei zuerst der Frage nachgegangen, worin die Vorurteile und Anschuldigungen gegenüber nikaraguanischen Migranten bestehen. Anschließend wird der Wandel der repressiven und integrativen juristischen und politischen Maßnahmen seit den 1980er Jahren dargestellt. Da internationale Migration per Definition an die Existenz staatlicher Grenzen gebunden ist, wird auch der Frage nachgegangen, welche Bedeutung der costaricanische Staat seiner Grenze zu Nicaragua beimisst, ob hier ebenfalls ein Wandel stattgefunden hat und inwieweit dieser mit der Migration zusammenhängt.

Die zentrale Frage ist, inwiefern aus den begehrten Arbeitskräften und bedürftigen Nachbarn seit den 1980er Jahren bedrohliche Eindringlinge wurden, denen verstärkt mit Xenophobie und Repression begegnet wird, obwohl ihre ökonomische Bedeutung als billige Arbeitskräfte weitgehend unbestritten ist. Die Studie schließt mit dem Versuch, die vordergründigen Widersprüchlichkeiten in den Diskursen über Migration und zwischen der restriktiven Migrationspolitik auf der einen Seite bei gleichzeitiger Notwendigkeit der Migration für den costaricanischen Arbeitsmarkt auf der anderen Seite auf der Grundlage von Pierre Bourdieus Konzept des sozialen Kapitals zu hinterfragen.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · 20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82-01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

Internet: <http://www.duei.de/iik>